

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates

Datum: 26. März 2019

Beginn: 19:00 Uhr

Ort: Sitzungssaal des Rathauses

Ende: 20:40 Uhr

Anwesend:

Erster Bürgermeister

Seidl, Norbert

Zweiter Bürgermeister

Zöllner, Rainer

Dritter Bürgermeister

Salcher, Thomas

Mitglieder des Stadtrates

Burkhart, Michael

Eger, Christine

Ehm, Rosmarie

Färber, Sabrina

Gigliotti, Gisella

Hofschuster, Thomas

Hoiß, Günter

bis NÖ 1

Kamleiter, Karin

Keil, Max

Koch, Reinhold, Dr.

Leone, Jean-Marie

Olschowsky, Christian

Ostermeier, Maria

Ponn, Barbara

Pürkner, Erich

Schemel, Benjamin

Sengl, Manfred, Dr.

Sippel, Dorothea
Stricker, Hans-Georg
Strobl-Viehhauser, Sonja
Unglert, Theresa
von Hagen, Michaela
Weber, Petra
Wiesner, Marga
Winberger, Lydia
Wuschig, Wolfgang

Berufsmäßige Stadträte

Heitmeir, Harald
Tönjes, Jens

Schriftführer/in

Bock, Katharina

Abwesende und entschuldigte Personen:

Mitglieder des Stadtrates

Fruhner-Weiß, Ramona	-entschuldigt-
Matthes, Sigrun, Dr.	-entschuldigt-

Tagesordnung für den öffentlichen Teil der Sitzung

TOP 1	Eröffnung der Sitzung	
TOP 2	Aktuelle Viertelstunde	
TOP 3	Bekanntgaben des Ersten Bürgermeisters	
TOP 4	Zwischenergebnisse Projekt Gesunde Kommune	
TOP 5	Anträge der Stadtratsmitglieder	
TOP 5.1	Änderung der Plakatierungsverordnung [Antrag der SPD-Fraktion]	2019/0881
TOP 6	Neubesetzung im Umweltbeitrag	
TOP 7	Haushalt 2018 - Genehmigung der Budgetüberträge	2019/0875
TOP 8	Haushalt 2018 - Übertragung von Haushaltsresten in das Haushaltsjahr 2019	2019/0876
TOP 9	Konsolidierter Jahresabschluss 2016	2019/0883
TOP 10	Ausschreibung des Strombezugs für städtische Liegenschaften ab dem 01.01.2020	2019/0864
TOP 11	Bürgerpark Kennedywiese hier: Vergabe Landschaftsbauarbeiten	2019/0877
TOP 12	Wiederkehrende Unterhaltsarbeiten im Straßenbau 2019, hier: Auftragsvergabe	2019/0879
TOP 13	Mitteilungen und Anfragen	

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung und begrüßte die Anwesenden. Die Stadträtinnen Fruhner-Weiß und Dr. Matthes seien entschuldigt, sonst seien alle Stadträte anwesend. Nachfolgend stellte er die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Stadtrat Hoiß wünschte bezüglich der Niederschrift der Stadtratssitzung vom 18.12.2018 zwei redaktionelle Änderungen sowie die Ergänzung seines Redebeitrags zu TOP Ö 4 um folgenden Satz: „Seines Wissens dürften auch die Kleinkaliberschützen ohne Sanierung nicht mehr in der Anlage schießen. Egal welche Nutzung auch vorgesehen sei, eine vorschriftsmäßige Lüftung muss immer eingebaut werden, so dass der Anteil für den Aufpreis der Großkaliberschützen lediglich bei maximal 80.000 bis 100.000 Euro liege und nicht wie immer propagiert werde, dass die Gesamtkosten in Höhe von rund 500.000 Euro ausschließlich für die Großkaliberschützen aufzubringen wären.“ Der Vorsitzende erläuterte, dass auf Hinweis von Stadträtin von Hagen bezüglich der Niederschrift vom 19.02.2019 der TOP Ö 6 zur Laurenzer Grundschule im Beschluss auf die Projektgenehmigung in der Variante I angepasst worden sei. Die Niederschriften der Stadtratssitzungen vom 18.12.2018 und 19.02.2019 wurden genehmigt. Einwände gegen den Antrag von Stadtrat Hofschuster den TOP Ö 6 „Neubesetzung im Umweltbeirat“ auf die Tagesordnung der nichtöffentlichen Sitzung zu verschieben gab es nicht.

TOP 2 Aktuelle Viertelstunde

Wortmeldungen aus der Bürgerschaft gab es keine.

TOP 3 Bekanntgaben des Ersten Bürgermeisters

Der Vorsitzende stellte das integrale Hochwasserschutzkonzept vor. Der Amperverband habe eine Büro beauftragt das zusammen mit dem Wasserwirtschaftsamt dessen Karten überarbeitete und am 20.03.2019 präsentierte. Absprachen hätten stattgefunden inwieweit man die betroffenen Karten für die Sicherheit der Überschwemmungsgebiete neu aufstelle. Das Gelände sei intensiver und genauer vermessen worden und man habe eine Plausibilitätsüberprüfung durchgeführt. Das dabei entstandene Kartenwerk sei heute an das Landratsamt übergeben worden. Dieses sei nun aufgefordert die vorläufigen Sicherungen durchzuführen, so dass die alten bis dahin geltenden Karten ca. Ende Juni durch die neuen ersetzt würden. Sollte bis dahin jemand bauen, werde man ihn auf die neuen Karten hinweisen und in diese Einsicht geben. Im Nachgang müsse ein Festlegungsverfahren durchgeführt werden. Die Neukartierung betreffe eher überbaute Siedlungsfläche und stelle sich für Puchheim unterschiedlich dar. Ziel des Prozesses sei es, dass alle blau gekennzeichneten Stellen in den Karten keine

Schäden mehr verursachten. Durch die Schutzmaßnahmen sollen alle Gebäude gesichert werden und mögliche Wassermassen so abgeleitet werden, dass ein gleichmäßiger Abfluss stattfinden könne.

Bezüglich des barrierefreien Ausbaus des Puchheimer Bahnhofes habe man ein Schreiben an den Amtschef des Staatsministeriums, Herrn Schütz, gesandt, indem die Ergebnisse der bisherigen Gespräche festgehalten und dem öffentlich vermittelten Eindruck entgegen getreten wurde, die Stadt habe einen Planungstop gewünscht. Vielmehr gehe es um Verbesserungen und Optimierung der Pläne. Die Stadt Puchheim wünsche sich eine gemeinsame Planung des Projektes. Dies sei für Akzeptanz und Funktionalität vor Ort wichtig. Informationen seitens der Regierung als Auftragsgeber seien wichtig, da diese die Verantwortung für die Planung trage. Ein Arbeitskreis sei terminiert, der sich um die Positionierung der Stadt bemühen werde.

Betreffend der Saatkrähen seien Anfang Februar die BirdGards am Rand der Hauptkolonie und einigen Splitterbereichen installiert und aktiviert worden, um die Saatkrähen von diesen Bereichen fernzuhalten. Ebenso habe der Falkner seine Tätigkeit zur Kontrolle in den Splitterbereichen aufgenommen, was gut funktioniere und bis Ende März erlaubt sei. Ebenso habe man das Klageverfahren für den Einsatz des Falkners in der Hauptkolonie eröffnet. Hier sei am 03.04.2019 ein Mediationsverfahren terminiert bei dem man klar machen wolle, dass zumindest die wohnortnahen Bereiche mit Greifvögeln befliegen werden müssten. Hoffnung mache ihm, dass die Nebenkolonie am Eichenauer Wäldchen angenommen werde.

TOP 4 Zwischenergebnisse Projekt Gesunde Kommune

Prof. Janßen stellte das Projekt „Gesunde Kommune“ vor, das die Stadt Puchheim mit der Hochschule München durchführt. Man wolle durch eine quantitative Befragung von Menschen über 65 Jahren deren tatsächlichen Bedarf ermitteln und deren gesundheitliche Situation verbessern. Um möglichst viele Senioren zu bewegen an der Befragung teilzunehmen werde man am 01.04.2019 ein gesundes Frühstück anbieten. Er wolle für eine rege Teilnahme werben und bat auch um Werbeunterstützung des Stadtrates, da bei einer höheren Rücklaufquote bessere Aussagen getroffen werden könnten. Die sozialen Netzwerke seien für Senioren sehr wichtig und hätten viel mit Gesundheit und Mobilität zu tun. Hierzu müsse abgefragt werden, ob die bereits vorhandenen Angebote genutzt werden, wie die gesundheitliche Lebensqualität sei, welche soziale Unterstützung dem Einzelnen zur Verfügung stehe, wie mobil jemand sei, welche körperlichen Beschwerden jemand habe und welche Einstellung er zur Gesundheit habe. Die Befragung finde anonym statt und lasse keine Rückschlüsse auf Individuen zu. Der Vorsitzende forderte die Senioren auf die Möglichkeit der Befragung zahlreich zu nutzen, um ihnen verbesserte Möglichkeiten für ihre Gesundheit zur Verfügung stellen zu können.

Stadträtin Weber erkundigte sich, ob auch die finanzielle Situation und der Pflegegrad der Senioren festgestellt würden. Stadträtin von Hagen erfragte, ob die geistige Gesundheit der Senioren auch in

dem Fragebogen thematisiert werde. Prof. Janßen bejahte beide Fragen. Stadträtin Kamleiter regte an auch den Rollator als Bewegungsmittel in die Evaluation mitaufzunehmen. Prof. Janßen sicherte zu, sich diesbezüglich zu erkundigen.

TOP 5 Anträge der Stadtratsmitglieder

TOP 5.1 Änderung der Plakatierungsverordnung [Antrag der SPD-Fraktion]

Stadtrat Leone führte für die SPD- Fraktion als Antragstellerin aus, dass man mit dem Antrag einen weiteren Beitrag zum Umweltschutz leisten wolle. In Zeiten des Wahlkampfs würden zahlreiche Hohlkammerplakate verwendet, da diese leichter zu handhaben seien. Diese seien jedoch im Produktionsprozess, in der Entsorgung und beim Recycling nicht sehr umweltverträglich. Bei den großen Mengen an Plastikmüll sei deren Vermeidung zwar nur ein kleiner Beitrag zum Ganzen, aber man setze damit ein wichtiges Signal. Viele andere Gemeinden und größere Städte hätten sich mit der Problematik bereits befasst. Er bat die Verwaltung darum trotz ihrer Anmerkungen, dass die beantragte Regelung nicht rechtskonform wäre, Kontakt mit dem Städte- und dem Gemeindetag aufzunehmen und sich zu erkundigen wie diese mit der Problematik umgehen würden. Er wisse beispielsweise von einer Gemeinde in Mecklenburg- Vorpommern die trotz auch dort geltender Plakatierungsverordnung eine entsprechende Regelung aufgestellt habe. Ziel sei es ein Material zu verwenden das biologisch leicht abbaubar sei, aber trotzdem nicht gegen die Plakatierungsverordnung verstoße. Es gebe vereinzelte Firmen die die Hohlkammerplakate recyceln könnten, diese würden aber nur bedingt genutzt und würden mit dem Restmüll verbrannt, so dass immer mehr Mikroplastik in die Umwelt gelange. Herr Tönjes erörterte, der Vorschlag könne mit großer Sympathie gesehen werden und treffe auf Widerhall im Stadtrat. Die Förderung des Umweltschutzes sei Konsens. Zu den angesprochenen verfassungsrechtlichen Fragen komme man erst gar nicht, da bereits auf einfach gesetzlicher Ebene abgeschlossen sei, dass eine Kommune eine entsprechende Regelung erlasse. Ansonsten sei eine Güterabwägung notwendig. Hier sei der Verfassungswert aus Art. 21a GG zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen selbstverständlich auch mit einzubeziehen. Diese verfassungsrechtlichen Fragen und die Abwägung der verschiedenen Rechtsgüter müssten jedoch auf der gesetzgebenden Ebene geklärt und geleistet werden. Insofern könnten Beispiele aus anderen Bundesländern für eine Regelung nicht herangezogen werden, da es auf die landespezifische bayerische Regelung ankommt. Die Verordnungsermächtigung die im Landesstraf- und ordnungsrecht geregelt sei, einer Gefahrenabwehrovorschrift, gebe nach Ansicht der Verwaltung eine Regelung zum Umweltschutz nicht her. Man könne sich bei den Spitzenverbänden erkundigen, welche Gemeinden und Städte Entsprechendes bereits umgesetzt haben. Stadtrat Leone betonte, dass der Antrag bereits jetzt gestellt wurde, damit die Parteien die sich auf den Wahlkampf 2020 vorbereiteten, rechtzeitig planen könnten. Deswegen wäre eine zeitnahe Lösung wünschenswert. Der Vorsitzende ergänzte, dass man hier auch auf ein freiwilliges Appellieren setzen könne. Er könne nicht verstehen, dass europaweit kleinste Plastikteile verboten würden, die großen Hohlkammerplakate jedoch nicht thematisiert würden. Er begrüßte das Be-

wusstsein und die Motivation zu umweltfreundlichem Handeln. Stadtrat Dr. Sengl ergänzte, dass seine Fraktion dem Antrag zustimmen würde wenn es rechtlich möglich wäre eine entsprechende Regelung zu erlassen. Gegebenenfalls löse sich das Problem auch durch Innovationen wie beispielsweise die sogenannten Vordermannplakate, Einwegprodukte, die aus 90 prozentigem Altpapier hergestellt und recycelt werden könnten. Alternativ könne man neu diskutieren, wie grundsätzlich in der Stadt Puchheim plakatiert werden solle. Andere Kommunen nutzten hier beispielsweise große Wahltafeln, auf denen alle Parteien plakatierten. Er habe bisher nicht dafür gestimmt, aber die Zeiten änderten sich. Aus ökologischen Gründen seien die Massen an Plakaten nicht zielführend, was durch große Plakatständer verhindert werden könnte. Er regte an, dass sich die Parteien und Fraktionssprecher hier noch einmal Gedanken machen, wie sie die Wahlwerbung gemeinsam gestalten wollen. Der Vorsitzende schlug vor, dass sich mit dem Thema und möglichen Alternativen zusätzlich auch der Umweltbeirat befassen könne. Dann könne man entscheiden, ob die Plakatierungsverordnung geändert werden müsse. Stadträtin von Hagen begrüßte den Antrag grundsätzlich, er beinhalte jedoch nur ein Verbot und keine Lösung. Die Hohlkammerplakate aus Pappe seien umweltfreundlicher, die wasserdichte Beschichtung sei allerdings schwieriger zu recyceln als der Kunststoff. Die früher verwendeten Holzständer seien umweltfreundlicher, jedoch nicht sehr beständig. Die zentralen Wände, an denen alle Kandidaten stehen würden, seien die umweltfreundlichste Lösung. Die streitigen Hohlkammerplakate würden auf den großen Wänden gar nicht erst zum Einsatz kommen. Im März 2009 hätten die Freien Wähler bereits einen entsprechenden Antrag gestellt, der leider abgelehnt worden sei. Stadtrat Dr. Koch ergänzte, dass ein solcher Antrag durch die Satzung gedeckt wäre und seine Fraktion diesem Vorschlag zustimmen würde. Stadträtin von Hagen und Stadtrat Burkhardt kündigten an, einen entsprechenden Antrag zur Abstimmung in der nächsten Stadtratssitzung einzureichen.

Beschluss

Die Verwaltung wird beauftragt sich auch bei den Kommunalen Spitzenverbänden zu erkundigen, die Plakatierungsverordnung möglichst umweltgerecht und unter Berücksichtigung der rechtlichen Gegebenheiten umsetzen. Dem Stadtrat ist zu berichten.

Abstimmungsergebnis: Ja 22 Nein 7 Anwesend 29 Befangen 0

TOP 6 Neubesetzung im Umweltbeitrag

Der Tagesordnungspunkt wurde im nichtöffentlichen Teil behandelt.

TOP 7 Haushalt 2018 - Genehmigung der Budgetüberträge

Der Stadtrat fasste ohne Diskussion folgenden

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt aufgrund der Budgetrichtlinien die Übertragung der in der Tabelle aufgeführten positiven Budgetergebnisse in das Jahr 2019 (§ 21 Abs. 2 KommHV-Doppik).

Abstimmungsergebnis: Ja 29 Nein 0 Anwesend 29 Befangen 0

TOP 8 Haushalt 2018 - Übertragung von Haushaltsresten in das Haushaltsjahr 2019

Der Vorsitzende führte in die Beschlussvorlage ein und übergab das Wort an Herrn Heitmeir. Herr Heitmeir erklärte, grundsätzlich seien Investitionen nach der KommHV übertragbar, so dass es eigentlich keines Beschlusses bedürfte. Aufgrund der regelmäßig aufgelaufenen Summen und einem „Schattenhaushalt“ von fast 22 Millionen sei die ausdrückliche Übertragung der Haushaltsreste für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen jedoch erforderlich. Die Verwaltung schiebe einen Berg von 22 Millionen vor sich her, der nach seiner Ansicht realistischer Weise nicht abgearbeitet werden könne. Er verspreche seit Jahren dagegen zu steuern, dies sei aber zunehmend schwierig, weil die Finanzverwaltung nicht darüber entscheiden könne, welche Baumaßnahmen erforderlich seien. Fakt sei, dass die gesamte Verwaltung seit Jahren Haushaltsreste abarbeite und ins Folgejahr übertrage. In der Beschlussvorlage sei markiert, welche Posten seit Jahren aus verschiedensten Gründen geschoben worden seien.

Man habe in der Verwaltung versucht all die beschlossenen Aufgaben durch Zeitfenster und verstärkte personelle Ressourcen abzuarbeiten. Richtiges, aber unrealistisches Instrument die Haushaltsreste aufzulösen sei es, zwei Jahre nichts Neues in dem Haushalt zu planen und die laufenden Posten abzuarbeiten. Man habe im Haus die Vereinbarung getroffen, sich vor der nächsten Haushaltsplanung zusammzusetzen und eine Prioritäten- und Ressourcenliste aufzustellen, um die Haushaltsreste abzuarbeiten. Er bat darum der Beschlussvorschlage zuzustimmen. Stadtrat Hoiß erkundigte sich warum zwei Elektroautos für 30.000,00 Euro in der Beschlussvorlage für den Bauhof aufgeführt seien und ob der Kunstrasenplatz noch nicht abgerechnet worden sei. Herr Heitmeir antwortete, dass der Kunstrasenplatz noch nicht abgerechnet sei. Beide Elektroautos seien für den Bauhof und den Hausmeisterpool.

Stadträtin Kamleiter bat darum in der nächsten Beschlussvorlage zu den Posten genauere Bezeichnungen zu erhalten. Der Vorsitzende verwies auf den Haushaltsplan.

Beschluss

Bei Erstellung der Jahresrechnung 2018 sind für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen nur die in der Tabelle dargestellten Haushaltsreste zu bilden (§ 21 Abs. 1 KommHV-Doppik).

Abstimmungsergebnis: Ja 29 Nein 0 Anwesend 29 Befangen 0

TOP 9 Konsolidierter Jahresabschluss 2016

Der Vorsitzende führte in die Beschlussvorlage ein und übergab das Wort an Herrn Heitmeir. Herr Heitmeir erklärte, dass der Jahresabschluss 2016 erstmals vollkonsolidiert worden sei. Finanz-, Ergebnis und Kapitalflussrechnung seien addiert worden, um festzustellen was der „Konzern“ Stadt Puchheim wert sei. Dies sei in Vermögens-, Gewinn- und Verlustrechnung einfach, in der Finanzrechnung musste man sich am Handelsrecht orientieren und eine andere Form wählen als in den Büchern der Stadt Puchheim. Da im Jahr 2016 in der WEP GmbH kaum Vermögen gebildet wurde und wenig Geschäftsbetrieb stattfand, seien Anlaufverluste zu verzeichnen gewesen. Die Bilanzsumme des „Konzerns“ Stadt Puchheim beliefe sich für das Jahr 2016 auf ca.170 Mio €, der kumulierte Gesamtbilanzüberschuss auf ca. 1,7 Mio. €, die liquiden Mittel veränderten sich um etwa 144 Tausend € auf insgesamt 33,3 Mio. €. und die Ergebnisrücklagen auf ca. 36,9 Mio. €. Insgesamt stehe die Stadt Puchheim gut da und verstecke keine Schulden in ihren Beteiligungen. Stadtrat Wuschig nahm als Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses den Auftrag der Prüfung an. Den Zeitplan, wie die Rückstände abgearbeitet werden sollen, habe man erhalten. Er begrüße die Bemühungen der Verwaltung die Termine für die Jahresabschlüsse zukünftig einhalten zu wollen. Stadtrat Hoiß wies redaktionell darauf hin, dass es in der Beschlussvorlage 2016 anstatt 2015 heißen müsste.

Beschluss

Der Stadtrat nimmt den konsolidierten Jahresabschluss 2016 zur Kenntnis und beauftragt den Rechnungsprüfungsausschuss mit der Prüfung des gesamten Jahresabschlusses 2016.

Abstimmungsergebnis: Ja 29 Nein 0 Anwesend 29 Befangen 0

TOP 10 Ausschreibung des Strombezugs für städtische Liegenschaften ab dem 01.01.2020

Der Vorsitzende erläuterte, der Beschlussvorschlag signalisiere eine große Verantwortung der Stadt für die Energiewende im eigenen Wirkungskreis. Man wolle für die eigenen Liegenschaften Strom und Gas aus 100 Prozent erneuerbaren Energien beziehen. Dies sei neben Fair Trade, Ernährungsbewusstsein und Elektromobilität ein wichtiger Baustein in Richtung CO₂-freie Kommune und Zeichen für ein gesellschaftliches Umdenken. Er bat um Zustimmung für die Beschlussvorlage.

Beschluss

Der Stadtrat beauftragt den Ersten Bürgermeister, eine Angebotseinholung für den städtischen Strombedarf im Wege einer europaweiten Ausschreibung durchzuführen. Der neue Stromlieferungsvertrag soll vom 01.01.2020 bis 31.12.2022 laufen. Da die kommunalen Liegenschaften bereits seit dem 01.01.2011 zu 100% mit Ökostrom versorgt werden, wird auch in dieser Ausschreibung 100% Ökostrom gefordert. Die Definition des Ökostroms erfolgt in Anlehnung an die Empfehlungen des Umweltbundesamtes. Die Ausschreibung wird durch ein Beratungsunternehmen begleitet.

Das Zuschlagskriterium ist das preisgünstigste Angebot. Nach Vorlage der Ergebnisse der Ausschreibung wird der Stadtrat unterrichtet und beschließt die Vergabe.

Abstimmungsergebnis: Ja 29 Nein 0 Anwesend 29 Befangen 0

TOP 11 Bürgerpark Kennedywiese hier: Vergabe Landschaftsbauarbeiten

Der Vorsitzende erläuterte die Beschlussvorlage. Es sei zu beachten, dass der Best-Bieter nicht präqualifiziert sei, seine abgegebene Eigenerklärung nicht ausreichend sei und Nachforderungen notwendig seien. Daher könne die Stadt die Beauftragung nur unter der Auflage, dass die Nachforderungen fristgerecht eingereicht werden, beschließen. Stadtrat Keil bemängelte die Kostensteigerungen der Beschlussvorlage. Viele Projekte wie die öffentlichen Schulen seien zur Erfüllung der öffentlichen Aufgaben wichtig, die Gestaltung der Kennedywiese sei jedoch eine freiwillige Leistung gegenüber dem Bürger und habe daher Einsparmöglichkeiten wie etwa bei den Abenteuerhäuschen. Die Konjunkturlage könne sich in Zukunft ändern, so dass Luxusleistungen nicht zu Zeiten von Höchstpreisen in Auftrag gegeben werden müssen. Der Vorsitzende erwiderte, dass die Diskussion nicht im Rahmen der Beschlussvorlage geführt werden könne, da der Bieter einen Rechtsanspruch auf Umsetzung des Leistungsverzeichnisses der Vergabe habe. Die Diskussion um die Kosten hätte vor dem Vergabeverfahren erfolgen müssen. Dies sei im Stadtrat kontrovers erfolgt. Stadtrat Burkhart stimmte seinem Vorredner zu, die Kosten seien wieder explodiert. Auf Kostenvoranschläge sei kein Verlass. Stadtrat Pürkner führte aus, dass die Situation auf dem Baumarkt angespannt sei und man froh sein könne

Firmen zu finden die die Aufträge ausführen könnten. Im Ausschuss für Städtische Bauten am 03.12.2018 habe man die Planungsvorgaben schon höchstmöglich gekürzt, mehr könne man nicht kürzen. Der Stadt Puchheim ginge es derzeit gut, sie müsse sich nicht an armen Gemeinden orientieren. Der Bürger müsse auch von der guten Haushaltslage profitieren. Stadtrat Hoiß ergänzte, das sich die Kostenschätzungen vom 14.01.2019 in Höhe von 680 Tausend € für den Landschaftsbau in nur sechs Wochen um 130 Tausend € erhöht hätten. Auch die Kosten für die Wasserspieltechnik seien innerhalb sechs Wochen wesentlich höher geworden. Diese Preissteigerungen lassen sich für ihn nicht erklären. Zudem wollte er wissen, warum sich die Planungskosten um 40 Tausend € erhöht hätten. Der Vorsitzende antwortete, dass die Schätzungen von aktuellen Werten ausgingen und von den Bietern und der Marktlage bestimmt würden. Dies sei das Prinzip der Vergabe. In schlechten Konjunkturzeiten könne man so auch von Preisvergünstigungen profitieren. Stadtrat Hofschuster mahnte, dass es keine Alternativen sei Projekte nicht zu realisieren. Man müsse die geplanten Konzepte anpacken. Es sei keine Lösung diese hintenanzustellen nur weil die Marktlage derzeit zu Teuerungen führe. Stadtrat Leone ergänzte, dass man mit der Diskussion nicht nur die Haushaltsentscheidungen in Frage stelle sondern auch die zeitaufwändigen Erörterungen der Ausschüsse. Von Luxus könne man bei der Entscheidung nicht sprechen. Stadtrat Pürkner wies darauf hin, dass die Vergabe Teil des Förderprogramms „Soziale Stadt“ sei, daher werde vom Staat erwartet dieses Programm durchzuziehen.

Beschluss

Der Stadtrat stimmt der Vergabe des Gewerks Landschaftsbauarbeiten an den wirtschaftlichsten Bieter, der Fa. Gzimi Garten- und Landschaftsbau GmbH, Johann-G.-Gutenberg-Straße 33, 82140 Olching, zum Bruttopreis von 948.394,61 € unter der Auflage, dass die Nachforderungen fristgerecht eingereicht werden, zu.

Abstimmungsergebnis: Ja 23 Nein 6 Anwesend 29 Befangen 0

TOP 12 Wiederkehrende Unterhaltsarbeiten im Straßenbau 2019, hier: Auftragsvergabe

Der Stadtrat fasste ohne Diskussion folgenden

Beschluss

Der Stadtrat stimmt der Vergabe der wiederkehrenden Unterhaltsarbeiten im Straßenbau 2019 an den wirtschaftlichsten Bieter, der Firma Neudert Straßenbau GmbH, Sigmund-Riefler-Bogen 15, 81829 München, mit einem Preisabschlag von -21,3 % auf das Leistungsprogramm der Stadt Puchheim vom Februar 2019, zu.

Bei zufriedenstellender Ausführung können diese Arbeiten auch für das Jahr 2020 an die Firma Neudert Straßenbau GmbH, Sigmund-Riefler-Bogen 15, 81829 München, in Höhe der bereitgestellten Haushaltsmittel vergeben werden.

Abstimmungsergebnis: Ja 29 Nein 0 Anwesend 29 Befangen 0

TOP 13 Mitteilungen und Anfragen

Der Vorsitzende gab verschiedene Termine bekannt.

Stadtrat Hofschuster stellte das Programm für das Volksfest 2019 vor. Stadtrat Wuschig wies auf eine Gesangsveranstaltung in Gröbenzell sowie den zehnten Jahrestag der UN-Behindertenkonvention hin. Er appellierte an den Stadtrat die besonderen Bedürfnisse der Behinderten bei allen Entscheidungen mit einzubeziehen. Der Vorsitzende und Stadträtin Gigliotti ergänzten, dass hier Stadtbegehungen für die Behinderten stattfanden und auch noch geplant seien. Stadtrat Hoiß verwies auf seine Anmerkung im Ferienausschuss vom 28.08.2018 ein Straßenschild am Golfplatz anzubringen und nach einer Lösung zu suchen die dort parkenden Busse und LKW zu entfernen. Weiter habe man ihm berichtet, dass die Container an der KITA in der Oberen Lagerstraße trotz Fertigstellung des neuen Trägers dort stehen blieben. Der Vorsitzende könne sich dies nicht vorstellen, sicherte aber zu dies zu überprüfen. Grundsätzlich seien nicht die Räumlichkeiten ein Problem bei der Gestaltung der Kinderbetreuung sondern die Möglichkeit geeignetes Personal zu finden.

Der Vorsitzende beendete die öffentliche Sitzung des Stadtrates um 20:40 Uhr.

Vorsitzender:

Schriftführer/in:

Norbert Seidl
Erster Bürgermeister

Katharina Bock